

# **Satzung der Gemeinde Am Mellensee**

## **über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung)**

Auf der Grundlage des §§ 3, 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) 18. Dezember 2007 (GVBl.I/ 07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I I/20 Nr. 38, S. 2 ) in Verbindung mit dem Kindertagesstättengesetz (Kita-Gesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2004, S.384), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2020, (GVBl. I/20 Nr. 18); der Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBv) vom 16.08.2019 (GVBl.II Nr. 61) und dem öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 02. Mai 2005; hat die Gemeindevertretung Am Mellensee am .....folgende Satzung beschlossen:

Inhalt:

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Gebührenpflichtige

§ 3 Gebühren

§ 4 Zahlungspflicht

§ 5 Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr

§ 6 Einkommensermittlung

§ 7 Gastkinder

§ 8 In-Kraft-Treten

### **§ 1 Geltungsbereich**

Für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsleistungen in der Gemeinde Am Mellensee erhebt die Gemeinde Am Mellensee als Träger der Einrichtungen, entsprechend dem Kitagesetz des Landes Brandenburg sowie auf Grundlage der mit den Personensorgeberechtigten abgeschlossenen Betreuungsverträge, Elternbeiträge nach Maßgabe nachfolgender Regelungen.

## **§ 2 Gebührenpflichtige**

1. Gebührenpflichtig im Sinne des § 17 Abs. 1 und 2 des Kindertagesstätten-gesetzes sind Personensorgeberechtigte, auf deren Veranlassung hin das Kind eine Kindereinrichtung in Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee in kommunaler Kindertagesbetreuung in Anspruch nimmt.
2. Personensorgeberechtigt ist, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches die Personen-sorge zusteht.
3. Erfüllen mehrere Personen die Voraussetzungen von Absatz 1, so haften sie als Gesamtschuldner.

## **§ 3 Gebühren**

1. Für die Inanspruchnahme von Kindereinrichtungen werden zur anteiligen Deckung der entstehenden Kosten Elternbeiträge erhoben. Die Höhe dieser Elternbeiträge wird laut Gebührenordnung, welche als Anlage Bestandteil dieser Satzung ist, in Rechnung gestellt.  
Diese wird durch Bescheid festgesetzt.
2. Die Höhe der Benutzungsgebühr richtet sich nach der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder aller im Haushalt lebenden Kinder für, die Kindergeld bezogen wird, dem Einkommen sowie dem wöchentlichen Betreuungsumfang.
3. Wenn die/der Gebührenpflichtige für ein Kind außerhalb des Haushalts Unterhalt zahlen, wird dieser nachgewiesene Betrag vom ermittelten Einkommen als Aufwand in Abzug gebracht.
4. Bei jedem nachweislichen Überschreiten der vertraglich fixierten wöchentlichen Betreuungszeit im Rahmen des Rechtsanspruchs nach § 1 KitaG sowie der Öffnungszeiten, erhebt der Träger eine zusätzliche Gebühr in Höhe eines Stundensatzes der geltenden Gebührenordnung je angefangene halbe Stunde. Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt.
5. Für die Versorgung der Kinder mit Mittagessen wurde zwischen der Gemeinde Am Mellensee und dem Verpflegungsanbieter ein Vertrag geschlossen.  
Die Verpflegungsleistungen werden in einer gesonderten Satzung festgelegt.
6. Das Einkommen und die Benutzungsgebühr werden nach dem Komma auf volle Euro-Beträge auf- bzw. abgerundet.
7. Keine Benutzergebühr wird erhoben:
  - a) für das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung (gemäß § 17a KitaG Brandenburg)
  - b) für Geringverdiener mit einem Haushaltseinkommen bis zu 24.000,- € im Kalenderjahr, gemäß der Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBv) vom 16.08.2019 (GVBl.II, Nr. 61)
  - c) sowie bei weiteren gesetzlichen Bestimmungen, die zukünftig beschlossen werden.

## **§ 4**

### **Zahlungspflicht**

1. Die Zahlungspflicht der Gebühr entsteht mit der Aufnahme des Kindes in der Kindertageseinrichtung und endet mit Ablauf des Monats, in dem das Betreuungsverhältnis endet.  
Beginnt die Betreuung eines Kindes im bereits laufenden Monat, wird die für diesen Monat fällige Gebühr anteilig erhoben.
2. Die Gebühr ist unter Angabe der im erstellten Bescheid angegebenen Personenkontonummer zu überweisen, auch wenn das Kind nicht durchgängig anwesend war.
3. Die Benutzungsgebühr wird in zwölf Monatsbeiträgen erhoben und ist jeweils bis zum 15. eines Kalendermonats fällig. Mit der Gewährung eines beitragsfreien Monats (Dezember) sind alle Ausfallzeiten in der Betreuung der Kinder (z.B. durch Krankheit, Urlaub oder Schließtage und -zeiten in der Kindereinrichtung) abgegolten.
4. Anspruch auf den beitragsfreien Monat besteht nur für ein volles Kalenderjahr, d.h. Abschluss des Betreuungsvertrages ab 01. eines Kalenderjahres (ohne Eingewöhnungszeit) und ein zusammenhängender Urlaub (des Kindes) von mindestens 10 Werktagen erfolgte.
5. Nicht gezahlte Gebühren unterliegen der Beitreibung im Verwaltungsvollstreckungsverfahren und verhindern die Neuaufnahme.
6. Auf Antrag bei nachgewiesener:
  - a) Heilbehandlung des Kindes (Kuraufenthalt) - erfolgt eine Beitragsreduzierung auf 50 %
  - b) durchgehender längerer Krankheit des Kindes (ab der 5. Woche bis max. 1 Jahr) wird unter weiterer Bereitstellung des Betreuungsplatzes kein Beitrag erhoben.
7. Bei Schließung von Einrichtungen und Reduzierung der Öffnungszeiten durch den Träger erfolgt eine Verrechnung der Elternbeiträge ab der 2. Woche der Maßnahme.

Eine monatliche Beitragsreduzierung wird wie folgt vorgenommen:

#### 1) Kindertagesstätte:

Betreuungsreduzierung von 10 Std./Woche

- Der Beitrag wird auf die nächste Endstufe festgesetzt
- oder

Betreuungsstufe von unter 30 Std./Woche

- Der Beitrag wird prozentual zwischen den Stufen unter 30 Std./Woche und 30-40 Std./Woche reduziert

#### 2) Hort:

Betreuungsreduzierung von 10 Std./Woche

- Beitrag wird auf die nächste Endstufe festgesetzt
- oder

Betreuungsstufe von bis zu 20,0 Std./Woche

- Der Beitrag wird prozentual zwischen den Stufen bis 20 Std./Woche und

20-30 Std./Woche reduziert

Ausgenommen hiervon sind:

- Sommerkita/-hort oder Weihnachtskita/-hort
- Fortbildungstage

## **§ 5**

### **Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr**

1. Maßgebend für die Gebührenermittlung sind die rechtliche Stellung zum Kind, der Betreuungsumfang sowie die Einkommensverhältnisse im Betreuungsjahr.

a) Bei Lebensgemeinschaften wird das Einkommen beider Partner zu Grunde gelegt, sofern sie Eltern des Kindes sind. Steht ein Partner der Lebensgemeinschaft in keiner kindschaftsrechtlichen Beziehung zum Kind, so bleibt sein Einkommen bei der Ermittlung unberücksichtigt. Bei Trennung von Eltern des betreuten Kindes ist eine Neufestsetzung des Elternbeitrages erst mit Nachweis der getrennten Wohnsitze der Eltern möglich. Hierbei wird das Einkommen des Elternteils zugrunde gelegt, in dessen Haushalt das Kind lebt.

b) Das Einkommen von Stiefeltern wird nur im Falle der Adoption des Kindes berücksichtigt. (Pflegekindern)

3. Die Höhe des Elternbeitrages richtet sich nach

a) zu versteuernden Einkommen nach § 2 Abs. 5 Satz 1 Einkommenssteuergesetz (EStG) unter Berücksichtigung der Günstigerprüfung nach § 31 EStG (Familienleistungsausgleich) und des Progressionsvorbehalts nach § 32b EStG zuzüglich Lohnersatzleistungen sowie Unterhaltsleistung für die Gebührenpflichtigen und das Kind.

oder

b) das Jahresbruttoeinkommen abzüglich Renten-, Arbeitslosen-, Pflege- und Krankenversicherung, zuzüglich Lohnersatzleistungen sowie Unterhaltsleistung für die Gebührenpflichtigen und das Kind.

Zum Einkommen gehören alle Leistungen des § 32b EStG:

- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
- Gewerbebetrieb,
- selbstständige Arbeit,
- Vermietung und Verpachtung
- Kapitalvermögen
- sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG, wie z.B. Renten, Unterhalt, Entschädigungen, Übergangsgeld, Amtszulagen, Versorgungsbezüge, usw.

Nicht zum Einkommen zählen:

- das Kindergeld nach Bundeskindergeldgesetz
- Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bis 300 €
- Einkommen des Kindes (z.B. Ausbildungsvergütungen, Leistungen nach dem BAföG, Waisenrente, Halbwaisenrente)
- Wohngeld und

- die Eigenheimzulage, Sozialgeld, Arbeitslosengeld II, BAföG der Personensorgeberechtigten, Wohngeld, Pflegegeld
3. Eine Minderung des Einkommens erfolgt durch:
    - eine nachweisbare Unterhaltszahlung für ein Kind
  4. Der Nachweis erfolgt auf der Grundlage des Einkommenssteuerbescheides vom Finanzamt bzw. der Lohnsteuerbescheinigung des vergangenen Jahres je Zahlungspflichtiger.
  5. Ändert sich das Einkommen im laufenden Jahr, so ist die Veränderung unaufgefordert zu melden.
  6. Für Gebührenpflichtige, welche Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit erzielen, ist der jüngste Einkommenssteuerbescheid, eine betriebswirtschaftliche Auswertung bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder ein anderer geeigneter Nachweis, für den vorläufigen Bescheid, vorzulegen.

## **§ 6 Einkommensermittlung**

Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, ihr Einkommen durch schriftliche Erklärung mit den entsprechenden Nachweisen abzugeben.

## **§ 7 Gastkinder**

Für die Betreuung von Gastkindern wird eine Gebühr laut Gebührenordnung, die als Anlage Bestandteil dieser Satzung ist, in Rechnung gestellt.  
Diese wird durch Bescheid festgesetzt.

## **§ 8 In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt ab dem 00.00.0000 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 01.11.2011 mit ihren Änderungen außer Kraft.

Am Mellensee, 00.00.2021

F. Broshog  
Bürgermeister

### **Gebührenordnung**

#### **I. Ermäßigung / Erhöhung**

Der Mindestbeitrag gilt für jedes Kind unabhängig von der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder.

#### **II. Benutzergebühr in den Ferien:**

Für die Betreuung der Hortkinder über den vertraglich vereinbarten Betreuungsumfang hinaus wird eine Gebühr laut Gebührenordnung, die als Anlage Bestandteil dieser Satzung ist mit dem Betreuungsumfang ab 30,0 Wochenstunden, in Rechnung gestellt.

Diese wird durch Bescheid festgesetzt.

#### **III. Benutzungsgebühr**

Siehe Anlage I der Satzung

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Die Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Gemeinde am Mellensee wird hiermit bekannt gemacht. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung kann gegen diese Satzung und nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordentlich öffentlich gekannt gemacht,
- c) die Kommunalaufsicht hat den Beschluss der Gemeindevertretung vorher beanstandet,
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Vorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel betrifft.

Am Mellensee, den .....

F. Broshog  
Bürgermeister